

Dem Morgen rot entgegen....

5

**Juso Unterbezirkskonferenz
Region Hannover
28.02.2009
Wedemark
Antragspaket**

10

Anfahrtsbeschreibung

Tagungsort:

Schulzentrum Mellendorf

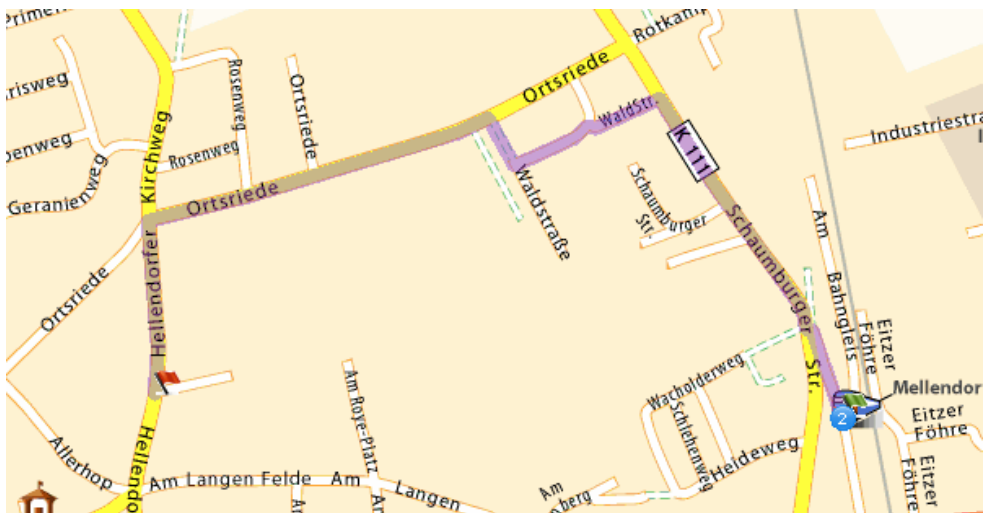
5

Hellendorfer Kirchweg 27

30900 Wedemark

Mit der Bahn:

- Ab Hannover Hauptbahnhof Gleis 2 die S4 Richtung „Bennemühlen“
- 10 - Abfahrt immer um XX.11 Uhr und XX.41 Uhr
- Nach 23 Minuten Fahrt bei der Haltestelle „Mellendorf“ aussteigen
- anschließend zu Fuß folgende Strecke:



15

Mit dem Auto:

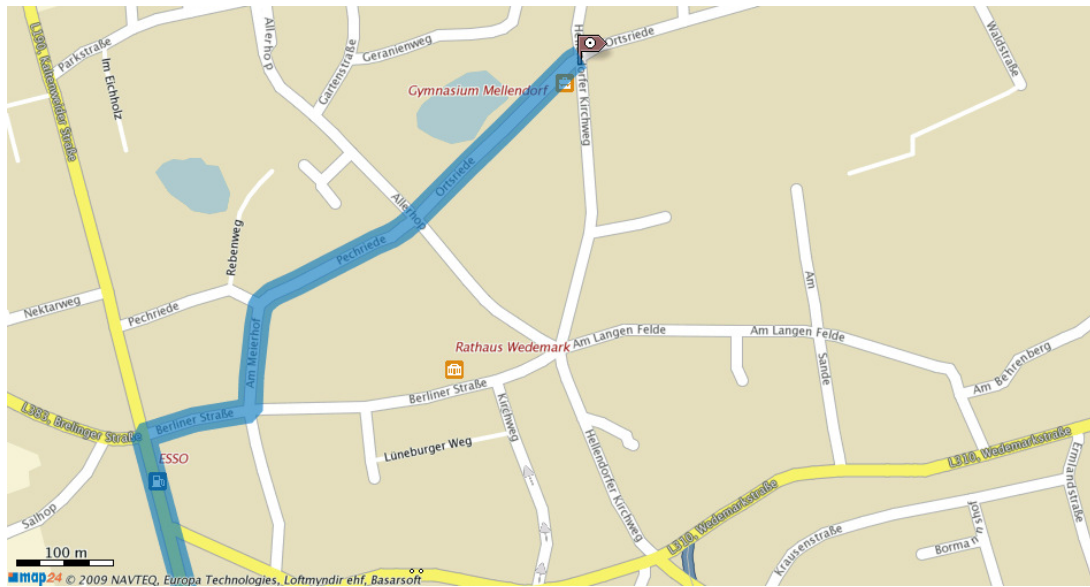
Route 1:

- Die A352 Richtung Hamburg
- Abfahrt Mellendorf (Ausfahrt 2)
- 20 - L 190 Richtung Wedemark/Mellendorf
- Geradeaus durch Schlage-Ickhorst und Scherenbostel
- L 190 bis Mellendorf – ab da Karte bis zum Schulzentrum

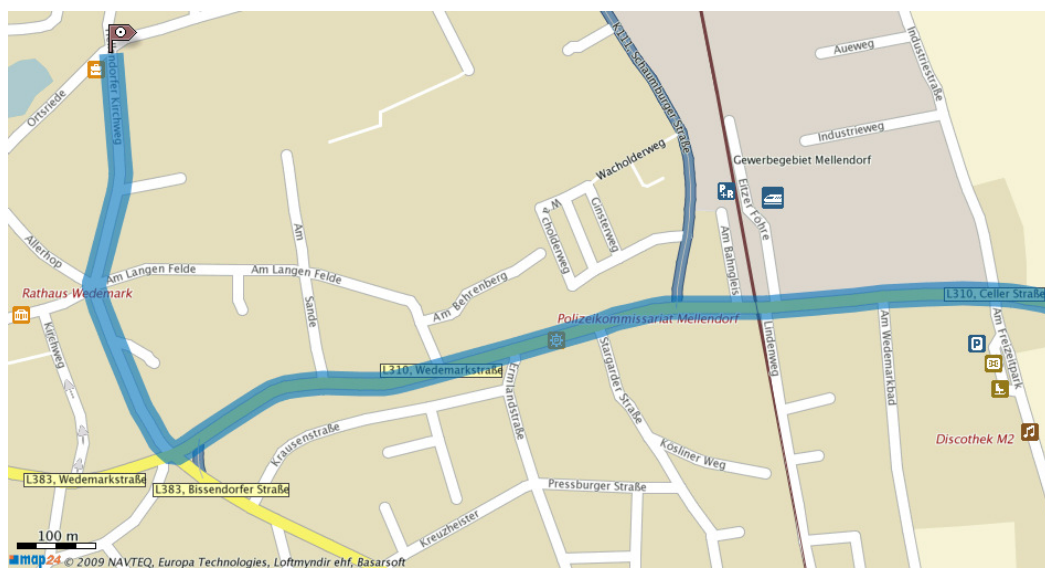
Route 2:

- A7 Richtung Hamburg
- Abfahrt Mellendorf (Ausfahrt 52)
- L310 (Celler Straße) Richtung Mellendorf
- 5 - Durch Gailhof geradeaus bis Mellendorf – ab da Karte bis zum Schulzentrum

Route 1:



10 Route 2:



Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung
- 5 2. Konstituierung
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Festlegung und Beschluss der Tages- und Geschäftsordnung
 - c) Wahl von Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 10 3. Grußworte
4. Rechenschaftsbericht
5. Aussprache zu 4.
- 15 6. Entlastung des Vorstandes
7. Beratung und Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm 2009
- 20 8. Festlegung der Anzahl der stv. Vorsitzenden
9. Wahl des/der Vorsitzenden
10. Wahl der stv. Vorsitzenden
- 25 11. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Juso-Bezirkskonferenz
12. Nominierungen
- 30 13. Antragsberatung
14. Schlusswort

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Die Unterbezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist.
5
2. Sind GenossInnen aus Orten anwesend, in denen zur Zeit keine Arbeitsgemeinschaft besteht, so kann die Konferenz diese mit einfacher Mehrheit als Delegierte zulassen. Die Quotierung gilt in diesem Falle entsprechend.
10
3. Diskussions- und Antragsrecht haben alle anwesenden GenossInnen unter 35 Jahren und alle JungsozialistInnen gemäß § 10, Abs. 2 Organisationsstatut der SPD, die im Unterbezirk Region Hannover gemeldet sind. Stimmberechtigt sind nur die gewählten Delegierten.
15
4. Wortmeldungen werden schriftlich beim Präsidium eingereicht. Das Präsidium kann jederzeit für einen Tagesordnungspunkt oder eine Debatte erklären, dass die Wortmeldungen durch einfaches Handaufheben erfolgen dürfen.
20
5. Es wird eine Redner- und Rednerinnenliste geführt aus der abwechselnd einer Frau und einem Mann das Wort erteilt wird. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt 3 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der/die RednerIn höchstens zweimal das Wort.
25
6. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem einE RednerIn für und einE RednerIn gegen den Antrag gesprochen hat.
30
7. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von GenossInnen gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.
8. Persönlich Erklärungen sind nur am Schluss einer Debatte oder nach Abstimmungen möglich.
35
9. Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
- 40 10. Anträge zu Punkten der beschlossenen Tagesordnung (Initiativanträge) können während der Konferenz bis zu 1 Stunde nach offiziellem Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie dem Präsidium schriftlich vorgelegt werden. Initiativanträge bedürfen dabei der Unterschrift von mindestens 10 Delegierten aus drei Arbeitsgemeinschaften.
45
11. Personalvorschläge für Wahlen und Nominierungen können bis zu einer halben Stunde nach offiziellem Beginn der Konferenz gemacht werden. Sie werden behandelt, wenn sie dem Präsidium schriftlich eingereicht werden.
50

12. Die Wahlen erfolgen – soweit diese Geschäftsordnung oder die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen nicht anders vorsehen – nach der Wahlordnung der SPD.

5 **Personalvorschläge**
UBV

Vorsitz:

Niklas Mühleis

10 Stv. Vorsitzende:

Inga Bohr

Esther Klann

Julia Laube

Vera Lebid

15 Karina Lehmann

Benedikt Kretzmeyer

Marcel Paradies

Julian Rabe

Philipp Schmalstieg

20 Sven Seidel

Frank Strassburger

Alle weiteren Personalvorschläge werden zur Konferenz nachgereicht.

Inhalt

	Schulzentrum Mellendorf.....	2
	<i>Dem Morgen rot entgegen.....</i>	8
	Projekt Gleichstellung.....	16
5	Anträge.....	21
	A1 Zeitarbeiter und Zeitarbeiterinnen schützen – Zeitarbeit beschränken	21
	A2 Sicherungsfond für Banken.....	24
	A3 Mehr Gerechtigkeit für alle!.....	25
10	A4 Quereinstieg in den Lehramtsberuf erleichtern:.....	26
	A5 Schluss mit der Lehrerebbe!! Mehr Lehrer = Mehr Bildung= Mehr Zukunft!.....	28
	A6 Mehr Rechte für Auszubildende:	29
	A7 Kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur	30
15	A8 Gleichstellung als Querschnittsaufgabe	31
	A9 Gleichgeschlechtliche Ehe statt Lebenspartnerschaft	33
	A10 Kreationismus ablehnen!.....	34
	A11 Afghanistan: Lokales Disengagement ermöglichen	35
	A12 Fair Play heißt auch Fair Trade	41
20	A13 Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Lebensmittel	42
	Rechenschaftsbericht 2008.....	42

Dem Morgen rot entgegen....

Arbeitsprogramm der Jusos Region Hannover 2009

Ausgangslage:

5 **Wo wir stehen....**

Wirtschaftskrise, das derzeit die Medien dominierende Wort bestimmt aktuell auch das politische Handeln. Durch Spekulationsgeschäfte und intransparentes Wirtschaften stehen nun nicht mehr nur die großen Banken und Industrieunternehmen in der Nähe des Abgrunds, die Auswirkungen treffen auch viele kleinere Unternehmen und in hohem Maße die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sahen viele Vertreter des linken Spektrums der Politik darin das Scheitern des kapitalistischen Systems und hofften auf einen Anbruch neuer Zeiten, so hat die Politik diese Chance des Aufbruchs bisher verpasst. Ein Scheitern des Kapitalismus anzunehmen ist hier zudem fehlerhaft, vielmehr ist dies eine anzunehmende systemimmanente Krise, die durch das Herbeiführen anderer, ablenkender Krisen in ihren Auswirkungen klein gehalten werden soll. So sehen wir die große Gefahr, dass aufgrund schlechter Unternehmensbilanzen die ArbeitnehmerInnen auf Kurzarbeit umstellen müssen oder entlassen werden und Aufstiegs- und Einstiegschancen minimiert werden.

20 Damit einhergehend ist auch anzunehmen, dass sich auch die Bildungschancen junger Menschen verringern. Das dreigliedrige Schulsystem, geringe Ausbildungsplätze in vielen Branchen, Studiengebühren und Zulassungsprüfungen hemmen und bremsen Menschen in ihrem Streben nach ihren individuellen Zielen. Das wirkt zunehmend krisenverschärfend. In der Schule sind Aufstiegschancen durch Bildung kaum gegeben. Nachweislich finden vertikale Wechsel innerhalb des mehrgliedrigen Systems häufiger abwärts statt. Wer also einmal auf einer Schulform ist, kann diese in Richtung einer höheren Schulform kaum verlassen. Wenn die Schule abgeschlossen ist, beginnt für einen großen Teil der AbgängerInnen die Suche nach einem Ausbildungsplatz. Dabei wird bei Beginn jeden Ausbildungsjahres von Wirtschaftsverbänden und den Arbeitsagenturen vollmundig behauptet, dass genügend Plätze vorhanden seien. Diese sind jedoch zu einem großen Teil nicht mehr im dualen System und oft auch in Berufen, die kaum Aufstiegsmöglichkeiten bieten und für viele BewerberInnen auch kaum eine Zukunftsperspektive eröffnen. Diejenigen, die sich für ein Studium entscheiden, sind konfrontiert mit Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen und Schließung beziehungsweise Verkleinerung von Studiengängen.

40 **Politische Lage...**

45 Noch immer regiert im Bund eine schwarz-rote Bundesregierung, deren politisches Handeln kaum zu spüren und eher verwirrt als geplant wirkt. In der Begegnung der Wirtschaftskrise wurden zwei Konjunkturpakete verabschiedet, deren Auswirkungen bisher am stärksten in der „Abwrackprämie“ zu spüren sind. Noch ist nicht klar, inwieweit große Teile der Bevölkerung von diesen Paketen profitieren und ob einige Maßnahmen nicht schon längst überfällig waren. Dabei ist zu beobachten, dass viele Forderungen, die Jusos seit Jahrzehnten immer wieder angemahnt haben nun wie selbstverständlich umgesetzt werden. Schon seit langem fordern wir eine größere Transparenz

und auch eine Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse und damit einhergehend auch mehr staatliche Interventionsmöglichkeiten. Die Politik hat sich im gleichen Zeitraum dieser Forderung jedoch immer stärker aus ihrer Verantwortung selbst entlassen und den Märkten ein freies und ungezügelteres Handeln ermöglicht. Eine Kontrolle der Märkte war nicht mehr möglich und kann nur schwer wiedererlangt werden. Eine stärkere Beteiligung des Staates im wirtschaftlichen Prozess kann hier nur ein erster Schritt sein. Denn klarstellend festzuhalten ist, dass die derzeitigen Maßnahmen zur Beteiligung an Banken, die nicht selten als „nicht-systemkonforme“ Verstaatlichungen dargestellt werden, nichts mit dem in diesen Darstellungen anklingenden Emanzipationsprojekt, das in den 70er Jahren breit diskutiert wurde, gemeinsam hat. Damals ging es einigen im politisch linken Spektrum um eine wirtschaftliche Gesamtsteuerung zum Wohl des Gemeinwesens, heute geht es um die staatliche Abfederung unternehmerischen Versagens. Die staatliche Subvention des realisierten Risikos renditegetriebener Unternehmensentscheidungen widerspricht der Marktideologie nicht. Es ist dem finanzgetriebenen Kapitalismus eigen, dass verlustreiche Fehlschläge auf Kosten der Allgemeinheit abgedeckt werden, während Renditeerfolge dem Zugriff der Allgemeinheit entzogen werden. Insoweit folgt der von der Bundesregierung aufgespannten Banken-Schutzschirm einer durchaus systemkonformen Logik. Allein ihre weitere Ausgestaltung und Handhabung wird zeigen, ob er und andere Maßnahmen auch dazu dienen können systemreformierende Wirkung zu entfalten. Das Primat der Politik ist gefragt. Die begründete Erwartungshaltung im Land und in Europa ist hier eindeutig. Es wird sich zeigen, inwieweit die SPD in der Lage ist, mit klaren sozialdemokratischen Ideen und Inhalten im Wahlkampfjahr 2009 die Menschen für sich zu begeistern.

Die SPD zeigt sich jedoch gerade im vergangenen Jahr als personell und inhaltlich nicht sehr stark. Inneres Machtgerangel, offen zu Tage getreten durch den Rücktritt Kurt Becks, und inhaltlich diffuse Aussagen zeichnen kein gutes, kein überzeugendes Bild der Sozialdemokratie. Positionen werden nicht mehr auf Parteitag, Konferenzen und mit der Basis diskutiert, sie werden in „Hinterzimmern“ entwickelt und dann am Abend in politischen Talkshows den Mitgliedern und den Menschen in Deutschland verkündet. Politische Willensbildung sieht anders aus. Hinzu kommt eine Herausforderung durch die Änderung des Parteienspektrums durch „die Linke“, welche in immer mehr Landesparlamenten und im Bundestag vertreten ist. Zum Teil werden ehemals sozialdemokratische Positionen von dieser Gruppe in einer stark überzogenen Form vertreten und die SPD so bewusst in ein Dilemma gezwungen. Der Sozialdemokratie gelingt es bisher nicht, zum einen Politik mitzugestalten und ihre grundsätzlichen Forderungen, festgehalten im Hamburger Programm, umzusetzen. Aber nur die Sozialdemokratie ist in der Lage, das scheinbare Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überwinden und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Eine Linke, die an der Realität vorbei politisieren will, ist dazu auf Bundesebene nicht fähig.

Die SPD Region Hannover steht vor großen Herausforderungen in kommenden Jahren. Es gilt, als größter Unterbezirk das politische Geschehen nicht nur auf Ebene der kommunalen Politik mitzugestalten. Die Partei hat

die Chance, Einfluss zu nehmen auf die Landes- und die Bundespolitik. Gerade in Zeiten eines bevorstehenden Strukturwandels der niedersächsischen SPD wird den Unterbezirken ein größeres Gewicht im politischen Prozess zukommen. Wir Jusos stehen in kritischer Solidarität zu unserer Partei. Das heißt für uns Kritik so viel wie nötig, Solidarität so viel wie möglich. Wir wollen diese Partei mitgestalten, hin zu einer Partei, die sich ihren Grundsätzen bewusst ist und daran ihr politisches Handeln ausrichtet. Wir wissen, dass dies nicht widerspruchsfrei möglich ist, dennoch sind wir uns bewusst, dass eine wirkliche Veränderung und Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur mit der Sozialdemokratie möglich ist.

Herausforderungen 2009

Uns ist bewusst, dass neben den beiden Wahlkämpfen noch weitere Felder und Aktionsmöglichkeiten im Jahr 2009 unsere Beteiligung erfordern. Dennoch wissen wir auch, dass sich gerade in diesem Jahr vieles auf diese beiden Termine konzentrieren wird, weshalb wir diese hier in den Fokus nehmen.

Europawahl...

Am 07.06.2009 finden Europawahlen statt. Wir wissen aus den vergangenen Jahren, dass diese Wahlen in der Bevölkerung kaum wahrgenommen werden. Oft mit der Begründung, dass die europäische Entscheidungsebene den Menschen fremd und zu weit entfernt sei. Wir sehen es als Aufgabe, den Menschen vor Ort die Bedeutung dieser Ebene zu verdeutlichen. Heute wird ein Großteil der politischen Entscheidungen durch Maßgaben aus Brüssel beeinflusst. Wir wissen, dass dies kein einfacher Wahlkampf sein wird. Wir müssen gerade in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie in einer kritischen Phase ist, das Vertrauen der Menschen zurück gewinnen und klare Antworten bieten.

Bundestagswahl...

Mit dem Bundestagswahltermin ist auch ein Ende der derzeit in Berlin regierenden Großen Koalition abzusehen. Der Ausgang ist jedoch ungewiss. Viel hängt davon ab, wie die SPD sich im kommenden Wahlkampf positioniert. Die letzte Bundestagswahl 2005 und die daraus resultierenden Umstände stecken auch vielen SozialdemokratInnen noch in den Knochen. Mit guten Forderungen, für welche die Partei gestritten hat, wurde ein Wahlkampf bestritten, dessen Ausgang kaum jemand in dieser Form erwartet hat. Eine Aufholjagd gerade in der heißen Phase hat gezeigt, dass wir Menschen mitnehmen und für unsere Positionen begeistern konnten. Die Enttäuschung folgte bald. In der großen Koalition wurde vieles nicht umgesetzt und es ist nicht verwunderlich, dass sich viele WählerInnen und auch viele GenossInnen enttäuscht abwanden. Aus diesem Grund wird es Aufgabe der SPD sein, mit einem klaren Ziel, deutlichen Aussagen und gutem Personal in den Wahlkampf zu gehen. Durch den Wahlkampf müssen sich diese drei Komponenten wie ein roter Faden ziehen um letztendlich am 27.09.2009 die Bundestagswahl gewinnen zu können.

01.05.2009...

Am ersten Mai in diesem Jahr ist ein Aufmarsch von rechtsextremen Kameradschaften und der NPD in Hannover angekündigt. Der Feiertag der ArbeiterInnenbewegung soll von diesen Gruppen genutzt werden, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten. Dies wollen und werden wir nicht hinnehmen. Wir sind beteiligt an den Vorbereitungen einer Gegendemonstration und werden den Nazis und ihrem menschenverachtenden Weltbild entgegen treten. In Hannover findet jedes Jahr eine der größten Kundgebungen zum Tag der Arbeit durch die Gewerkschaften statt. Wir wollen im Rahmen der Kundgebung zeigen, dass Rechtsextremismus in all seinen Facetten in unsere Gesellschaft keinen Platz hat und mit einer großen Menge an Menschen ein klares Zeichen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft setzen.

15 Unsere Ziele

Eine rote Region

Wir wollen in beiden Wahlkämpfen im Jahr 2009 in der Region Hannover die Mehrheit holen. Dabei ist klar, Wahlkampf funktioniert nur mit den Jusos. Für uns ist dabei aber genauso klar: wir halten unseren Kopf nicht für alles hin. Wir streiten für sozialdemokratische Inhalte. Das bedeutet für uns aber auch eine kritische Bewertung der inhaltlichen Positionen der Partei im Wahlkampf und der Glaubwürdigkeit von Kandidatinnen und Kandidaten. In der Region Hannover sind wir gut aufgestellt, mit Bernd Lange für Europa und Edelgard Buhlman, Caren Marks, Matthias Miersch und Kerstin Tack für den Bund sind wir mit fünf guten KandidatInnen für beide Wahlkämpfe in einer guten Ausgangsposition. Es gilt aber auch, als Jusos und somit Teil der Partei Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung des Wahlkampfes zu nehmen. Das können wir auf der einen Seite im Bundestagswahlkampf sehr kurzfristig durch eine Beeinflussung des Prozesses der Vorbereitung des Wahlprogrammes und auf der anderen in beiden Wahlkämpfen durch eine klare inhaltliche Fokussierung auf bestimmte Themen. Für uns sind dabei besonders die Themen wichtig durch die sich unsere Generation angesprochen wird: Chancengleichheit in Bildung und Sicherheit in Arbeit.

35

Chancengleichheit in Bildung

Die hohe soziale Selektivität und damit einhergehende Zuteilung von Zukunftschancen durch das Bildungssystem ist durch unzählige Studien inzwischen nachhaltig bewiesen. Vom Ideal der Chancengleichheit sind wir noch weit entfernt. Wir werden darum kämpfen, dass es jeder und jedem möglich ist, durch die individuellen Fähigkeiten und Interessen im Bildungssystem das individuell bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Dazu wollen wir alle Schranken und Hemmnisse beseitigen. Das mehrgliedrige Schulsystem muss abgeschafft werden und klare inhaltliche Reformen müssen folgen. Wir sehen die aktuelle Aufgabe der schulpolitischen Auseinandersetzung durch den SPD-Landesvorsitzenden als großen Fehler. Auch eine Zweigliedrigkeit verhindert Chancengleichheit. Wir wollen außerdem die Abschaffung von Studiengebühren jeglicher Art und einen freien Zugang zum Studium. Wir wollen mehr Ausbildungsplätze im dualen System und ein

50

Mittel, um dies durchzusetzen. Eine Umlagefinanzierung ist dazu unserer Meinung nach der richtige Schritt.

Sicherheit in Arbeit

5

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen nach einer vom Aufschwung geprägten Zeit wieder um ihre Arbeitsplätze fürchten. Betroffen sind davon jedoch nicht nur an- und ungelernte ArbeitnehmerInnen, sondern auch viele mittel- und hochqualifizierte Berufstätige. Wir wollen, dass der vollmundig

10

versprochene Schutzschirm für ArbeitnehmerInnen nicht nur eine Worthülse bleibt. Es ist Zeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir wollen eine Stärkung des Kündigungsschutzes und eine Demokratisierung der Wirtschaft und damit eine größere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen im Unternehmen.

15

Menschen gewinnen

Wir haben in den Wahlkämpfen und durch unser politisches Handeln die Chance, Menschen nicht nur zur Wahl zu bringen, sondern auch für sozialdemokratische und jungsozialistische Ziele zu begeistern. Wir wissen, dass wir die richtigen Ideen und Antworten nur durch eine Beteiligung von möglichst vielen finden können. Wir sind in unserem Selbstverständnis als sozialistischer und feministischer Richtungsverband nicht nur in der Lage und in der Verantwortung, die Richtung der SPD mitzubestimmen, sondern auch

20

Diskussionsprozesse von und nach links zu lenken. Ein „weiter so“ des bisherigen Politikstils darf es dabei nicht geben und wird von uns Jusos auch nicht akzeptiert werden!

25

Aufgaben, Arbeitskreise und Projekte 2009

30

Wahlkampfjahr 2009

In 2009 wollen wir Jusos in der Region Hannover, zwei engagierte und ambitionierte Wahlkämpfe führen. Vorzeitiges kapitulieren aufgrund schlechter Umfrageergebnisse war noch niemals Art der Jusos und soll es auch in 2009 nicht sein.

35

Aus diesem Grunde müssen wir mit zwei gut durchdachten Konzepten in das Jahr 2009 gehen um sicherzustellen, dass wir uns nicht im Europawahlkampf total verausgaben und keine Reserven mehr für die Bundestagswahl haben oder andersherum unsere Kräfte für die

40

Europawahl zu geizig aufsparen und im Bundestagswahlkampf gar nicht genug Zeit haben um unser Geld und Energie in gute Aktionen investieren zu können.

Europawahlkampf

45

Im Europawahlkampf wollen wir die Gründung eines Jungen Teams anstreben. Da sich die Aufteilung der Wahlkreise erst nach der Wahl entscheiden wird und diese ohnehin über die Grenzen mehrere Unterbezirke hinweg gehen werden ist es sinnvoll, dass der Unterbezirk

Hannover ein eigenes Junges Team für Bernd Lange gründet. Dieses soll sich verständlicherweise auch eng mit dem Team von Erika Mann vernetzen.

5 Die Gründung des Jungen Teams wird vom Juso Unterbezirksvorstand organisiert und unterstützt werden. Um eine größtmögliche Effizienz des Teams sicherzustellen, wird eine enge Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen des Jungen Teams und dem Juso UBV bestehen. So ist eine Schulung, bezüglich Pressearbeit sowie Zeit und Projektmanagement vorgesehen. Eine starke organisatorische Mitarbeit des UBV im Jungen Team
10 steht außer Frage. Parallel wird sich der Unterbezirksvorstand Aktionen zur Europawahl der SPD anschließen.

15 Im Mittelpunkt des Jugendwahlkampfes sollten die Wählermobilisierung und Präsentation von Bernd Lange als Kandidaten stehen. Viele WählerInnen, gerade Jugendliche, sind sich der Bedeutung der EU für Deutschland immer noch nicht bewusst. Ihnen näher zu bringen wie wichtig die Entscheidungen in Brüssel für Deutschland sind wird dabei der Schlüssel für ein gutes Ergebnis der SPD sein. Bernd Lange wird dazu als starker und kompetenter Kandidat sein übriges tun.
20 Mit dieser Taktik wollen wir einen möglichst erfolgreichen Abschluss der Europawahl in Hannover sicherstellen und uns genug Ressourcen für die Bundestagswahl aufsparen.

Bundestagswahlkampf

25 Für einen Wechsel in der deutschen Bundespolitik wird unser aller Einsatz benötigt! So wird sich der Juso Unterbezirksvorstand um die Gründung von Jungen Teams für die 4 SPD Kandidaten aus Hannover bemühen und eine Vernetzung zwischen den Jungen Teams und
30 dem Juso UBV herstellen.

Der Unterbezirksvorstand wird während des Wahlkampfes sich zum Einen um eine sinnvolle Koordination von Terminen, Helfern und Materialien kümmern und zum Anderen selbst innerhalb seiner Projekte und Arbeitskreise tätig werden. Des weiteren soll mit dem SPD Unterbezirksvorstand
35 zusammengearbeitet werden.

Den Kontakt mit dem Bundes und Landesbüro der Jusos wollen wir gezielt suchen um uns auch von dort Anregungen zu holen. Diese wollen wir je nach thematischen Schwerpunkten der Kandidaten an die Jungen Teams kommunizieren und so für ein reiches Aktionspotenzial sorgen.
40

In beiden Wahlkämpfen wird die zentrale Aufgabe des Unterbezirksvorstandes, die einer Schnittstelle sein, über die viel Kommunikation und Organisation laufen wird. Dadurch wollen wir dem üblichem Chaos der hektischen Wahlkämpfe entgegenwirken und versuchen
45 Struktur und Ordnung mit zwei kraftvollen Wahlkämpfen zu vereinen.

Arbeit in den Arbeitskreisen

AK Kommunalpolitik

- 5 Der Arbeitskreis Kommunalpolitik will auch im wahlkampfgeprägten Jahr seine Arbeit des letzten Jahres fortsetzen. Bei den Arbeitskreissitzungen sollen Themen diskutiert werden, die sowohl kommunalpolitisch als auch auf der Bundes- und - Europaebene eine Rolle spielen. Da der AK Umwelt im Jahr 2009 leider nicht mehr stattfinden wird, die beiden AK's jedoch vorher schon eng zusammengearbeitet haben, wollen wir auch weiterhin einen Fokus auf die Umweltpolitik legen. Gerade im kommunalen Bereich lässt sich mit ökologischem Bauen und einem nachhaltigem Politikstil viel erreichen. Darauf wollen wir aufmerksam machen. Im Bereich der politischen Bildung und Neumitgliederbetreuung ist geplant erneut ein Planspiel im Bereich
- 10 Kommunalpolitik besonders für neue Jusos durchzuführen. Damit wollen wir Appetit auf die Kommunalpolitik vor Ort machen, die spannender ist, als viele glauben wollen.
- 15 Die schon begonnene Vernetzung des AK's mit der Stadtratsfraktion Hannover und der Regionsfraktion soll weiter intensiviert werden. Gerade für das Jahr 2010 und das Jahr der nächsten Kommunalwahl 2011 bieten sich viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit.
- 20

AK gegen Rechts

Der Arbeitskreis „Jusos gegen Rechts“ soll seine Arbeit fortführen.

- 25 Oberstes Ziel des AKs ist die aktive Bekämpfung rechter Ideologien und Strukturen, insbesondere durch die Förderung demokratischer Einstellungen und Handlungsweisen von Jugendlichen.

- Wie bisher soll es Informationsveranstaltungen mit kompetenten ReferentInnen, sowie bei aktuellem Bedarf bzw. Notwendigkeit auch konkrete Aktionen geben, wie z.B. Infostände, Verteilaktionen von Infomaterialien, Teilnahme an Gedenkveranstaltungen, Demonstrationen usw.).
- 30

- Je nach Personalstärke des AKs kann ggf. die bisherige Struktur erhalten bleiben – was bedeuten würde, dass der AK weiterhin über zwei Aktivposten verfügen könnte, nämlich einen organisatorischen und einen inhaltlichen. Diese stimmen ihre Arbeit in regelmäßig stattfindenden Treffen ab.
- 35

- Die Zielsetzung im inhaltlichen Bereich besteht darin, mit z.T. auch selbst organisierten Informationsveranstaltungen sowohl den AK, als auch den Verband zu schulen. Des Weiteren soll mit vorhandenen oder noch zu erstellenden Infobroschüren, auch nach außen, eine Sensibilisierung für das Problem Rechtsextremismus voran getrieben werden.
- 40

- Die Aufgabe der im organisatorischen Bereich Tätigen besteht darin, die Handlungsfähigkeit des Arbeitskreises nach innen und außen zu gewährleisten. Dazu gehört sowohl die praktische Planung der o.g. Aktionen, als auch die arbeitskreisinterne Kommunikation wie z.B. das Erstellen von Verteilern oder das Anberaumen von Sitzungen.
- 45

Diese Trennung sehen wir als notwendig an, um den individuellen Fähigkeiten der Beteiligten gerecht werden zu können und ein konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen.

5 Darüber hinaus soll der AK seine Bündnis- und Netzwerktätigkeit fortsetzen, verstärken und aktiv für neue TeilnehmerInnen werben, um seinen Wirkungskreis zu vergrößern.

Insbesondere die Arbeit mit AntifaschistInnen jeder Couleur soll noch intensiviert werden.

10 Am dringendsten ist es, uns aktiv in die Planungen zu den Veranstaltungen am 1. Mai einzubringen. Anlässlich der geplanten Großdemonstration autonomer Neonazis wurde ein gesellschaftlich übergreifendes Bündnis unter Schirmherrschaft des DGB gebildet, in dem der AK führend mitarbeiten soll und wird.

15 Bereits 2008 waren Jusos-AGen nicht nur an vielen Aktionen gegen den Naziaufmarsch sondern auch gegen lokale Nazistrukturen beteiligt.

Zwei Beispiele:

- Eine Demonstration auf der Limmerstraße, wurde von den Lindener Jusos im Zuge des „Aktionsbündnis: Linden gegen Nazis“ organisiert und hatte nach Zeitungsberichten ca. 800 Teilnehmer.
- 20 - Langenhagener Jusos haben im „Aktionsbündnis Langenhagener gegen rechte Gewalt“ zusammen mit anderen Demokraten gegen rechte Strukturen demonstriert.

25 Der AK begrüßt die Fortführung und Intensivierung solcher Bündnisse und Aktionen und wird den AGen und Bündnissen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Arbeitskreis Bildung:

30 Dieser Arbeitskreis soll ein Angebot für alle Jusos des Unterbezirks sein, sich gemeinsam über Bildung und vor allem Bildungspolitik zu informieren. Wir wollen unser Bildungssystem genauer analysieren, um es kritisch zu hinterfragen damit wir unsere Ziele 'Chancengleichheit in der Bildung und Aufstieg durch Bildung für Alle' zukünftig besser erreichen können.

35 Mit diesem Arbeitskreis sollen die Kompetenzen der Jusos in der Region Hannover auf der Unterbezirksebene gebündelt und dadurch verbessert werden. Geplant sind sowohl inhaltliche Veranstaltungen als auch gemeinsame Aktionen mit Abgeordneten aus Bund und Land und ebenso aus der Regionsversammlung und dem Stadtrat Hannover.

40 Zudem soll eine Vernetzung mit Parteiorganisationen wie z. B. der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD oder dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie stattfinden. Die Veranstaltungen des AK Bildung sollen gleichzeitig in den Wahlkampf thematisch integriert werden.

Projektarbeit

Projekt Internationale Arbeit

Ziel unserer Arbeit ist die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den estnischen, lettischen und litauischen Jusos und der Friedrich-Ebert-Stiftung im In- und Ausland. Die bestehenden Kontakte müssen gepflegt und ausgebaut werden. Aus dem Baltikum wurden „Europa“ und „Menschenrechte“ als Themenschwerpunkte für das Jahr 2009 angeregt. Des Weiteren gibt es Bestrebungen im Bereich „Bildung und Ausbildung“ mit den Jusos aus Skandinavien zusammen zu arbeiten. In welcher Form die oben genannte Zusammenarbeit 2009 stattfinden kann, ist letztlich eine finanzielle Frage.

Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit aus dem vergangenen Jahr, insbesondere aus dem Baltisch-Deutschen Jugenddialog in Springe wie „Projektmanagement und kreative Öffentlichkeitsarbeit in der politischen Bildungsarbeit“, können als Anregungen für die Europa- und die Bundestagswahl genutzt und bei der Planung von Aktionen als Hilfsmittel verwendet werden.

Projekt Gleichstellung

Das Projekt Gleichstellung wird sich damit beschäftigen Aktionskonzepte für wahlkampfrelevante Gleichstellungsthemen, wie gleiche Karrierechancen, Elterngeld, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, Stopp der Lohndiskriminierung, Homoehe usw. zu entwickeln. Diese können dann auch die Jungen Teams in beiden Wahlkämpfen nutzen.

Die genauen Arbeitsschwerpunkte des Projektes Gleichstellung werden sich in erster Linie an den Wahlprogrammen der SPD und der SPE orientieren. Durch interessante Aktionen sollen den Menschen die gesellschaftspolitische Relevanz von Gleichstellung, sowie das Engagement der SPD in diesem Bereich vermittelt werden.

Der Internationale Frauentag am 8. März ist für uns ein Pflichttermin und wird von Juso Seite auch dieses Jahr wieder mit einer Aktion in Hannover begangen werden.

Um die Durchführungen der Aktionen zum Erfolg werden zu lassen, bieten wir den Durchführenden unsere aktive Hilfe und Unterstützung an. Außerdem ist selbstverständlich jeder eingeladen sich selbst kreativ mit einzubringen

Projekt Mitgliederaktivierung

Die Intention dieses Projekts ist es, diejenigen Juso- und SPD-Mitglieder zu mobilisieren, die bisher (noch) nicht aktiv sind. In Zeiten von schwindenden Mitgliederzahlen ist es nicht nur wichtig neue Mitglieder zu werben, sondern mindesten genauso bedeutend die aktuellen Mitglieder zu betreuen und mit einzubeziehen. Insbesondere Neumitglieder (im Jusoalter) haben in der Regel zunächst ein großes Interesse sich einzubringen und mitzuarbeiten.

- Oftmals ist ihre Betreuung in den Ortsvereinen jedoch nur ungenügend gewährleistet, sei es weil es keine lokale Juso-Ag gibt, mangels transparenter Kontaktmöglichkeit oder gar wegen eines Alters- und/oder Geschlechtsunterschieds. Wir wollen deshalb mit diesem Projekt verhindern, dass noch
- 5 mehr junge Leute die Jusos und die SPD verlassen, nur weil sie sich allein gelassen fühlen und keine Partizipationsmöglichkeiten sehen. Besonders das Wahljahr 2009 bietet viele Möglichkeiten viele Jusos bei den unterschiedlichsten Veranstaltungen und Aktivitäten mit einzubeziehen und in den verschiedensten Politikfeldern einzuführen.

UBV als „Dienstleister“

Als Unterbezirk können wir nur dann erfolgreich sein, wenn die Arbeitsgemeinschaften vor Ort Erfolg haben.

5 Dafür werden wir uns weiterhin auf wesentliche und zentrale Projekte in der Organisation der politischen Arbeit des Unterbezirkes und den Ausbau des Serviceangebotes konzentrieren. Ziel muss es sein, durch diese gute Organisation, die Kampagnenfähigkeit im gesamten Unterbezirk zu stärken. Zusätzlich zur Arbeit in Arbeitskreisen und Projekten, an der sich alle Interessierten beteiligen können, wollen wir auch weiterhin als „Serviceeinheit“ für die lokalen Juso-Strukturen fungieren. Das schließt sowohl Unterstützungsleistungen bei Neugründungen, als auch Unterstützung für die laufenden AG-Arbeit ein.

10
15 Hierzu soll in Absprache mit den AGen ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Serviceprogramm entwickelt werden.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

20 Von der Kommunal- bis hin zur Bundespolitik wird immer wieder deutlich, dass erfolgreiche Politikvermittlung ohne gezielte Medienarbeit nicht mehr möglich ist. Stärker als bisher wollen wir deshalb die Öffentlichkeitsarbeit betonen. Dies bezieht sich besonders auf die Presse, da diese nach wie vor als das wichtigste Informationsmedium unserer Gesellschaft hervorzuheben ist. Es muss aber auch stets Überlegungen geben, ob es möglich und sinnvoll ist, an weitere Medien wie Fernsehen oder Radio heranzutreten.

25 Was in den Medien nicht berichtet wird, findet in der öffentlichen Wahrnehmung nahezu nicht statt. Gute Arbeit muss deshalb gut vermittelt werden. Der Königsweg hierbei lautet aber nicht „je mehr, desto besser“, sondern „gezielt und anlassbezogen“.

30 Hinzu kommt, dass in Wahlkampfzeiten das Medieninteresse an den Jusos in der Region Hannover weitaus größer ist. Hier muss die Juso-Arbeit im Unterbezirk, aber ebenso auf AG-Ebene ansetzen. Wir planen deshalb, künftig für Juso-Mitglieder des Unterbezirks einen Workshop zum Thema Pressearbeit anzubieten. Letztlich ist die Vermittlung der eigenen Positionen auch ein wichtiges Instrument zur Gewinnung von Neumitgliedern.

35 Die Politik darf es dem Wähler nicht zur Aufgabe machen, gefunden und verstanden zu werden, sondern sie muss es sich selbst zur Aufgabe machen, zu informieren und zu überzeugen. Wir dürfen die politische Meinungsbildung nicht anderen Parteien überlassen.

40 Da junge Menschen ihre Informationen vor allem über das Internet beziehen, ist die Einbindung des Internets ein unerlässlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Nach Umstellung auf das CMS der SPD ist unser Internetauftritt auf den ersten Blick als SPD-Seite erkennbar. Die Benutzerfreundlichkeit des Sys-

tems gewährleistet interessierten Besuchern der Seite einen schnellen und aufschlussreichen Informationszugang.

- 5 Um die Seite mit Leben zu füllen, sollen die Inhalte von den einzelnen AKs und Projekten, aber auch den einzelnen AGen zur Verfügung gestellt werden. Zentrale, aber auch örtliche Termine können auf der Homepage einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

- 10 Unabhängig von der UB-Homepage soll auch versucht werden die Möglichkeiten des Internet auszuschöpfen. Je nachdem welche Medien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen, können alle möglichen im Netz populären Dienste genutzt werden, beispielsweise youtube, twitter oder flickr. Weiterhin können beispielsweise in sozialen Netzwerken Gruppen eingerichtet werden und auch ein blog liegt im Bereich des Möglichen.

Juso-Paket und ReferentenInnenpool

Als konkreter Service zur Unterstützung der lokalen Arbeit der AGen soll auf Unterbezirksebene für 2009 wieder Juso-Paket zusammengestellt werden. Darin enthalten sein sollen sowohl einen Leitfaden zur Gründung einer Juso-AG als auch Informationen und Anregungen zur weiteren Juso-Arbeit bieten. Persönliche Besuche der UBV-Mitglieder in den Juso AGen auf Anfrage sind vorgesehen. So ist auch eine Begleitung von AG Gründungen auf Wunsch möglich.

10 Ferner wird durch den UBV für Diskussionsveranstaltungen ein ReferentInnenpool zusammengestellt. Damit sollen Veranstaltungen vor Ort unterstützt und gefördert werden. Die AGen sollen die Möglichkeit bekommen vor Ort thematische Veranstaltungen, sei es öffentlich oder verbandsintern anzubieten. Hiefür soll für den Fall des Bedarfs der AGen nach Unterstützung von außen eine Liste von möglichen ReferentInnen nach thematischer Präferenz zur Verfügung gestellt werden. Mit Unterstützung des Unterbezirkes können die jeweiligen ReferentInnen für die eigene Veranstaltung angefragt werden.

20 Insgesamt soll der Servicegedanke auf Unterbezirksebene auch darüber hinaus entwickelt werden. Aus diesem Grund soll es eine Abfrage der AGen über ihre jeweiligen Bedarfe geben. So kann wieder ein ganzes Bild über die bestehende Nachfrage, die über oben genanntes hinaus geht, sichtbar gemacht werden und als Datengrundlage für eine folgende unterbezirksweite Diskussion und Abstimmung dienen.

Anträge

Antragssteller: Jusos Wedemark

A1 Zeitarbeiter und Zeitarbeiterinnen schützen – Zeitarbeit beschränken

5

Mit der Agenda 2010 wurde unter der Rot-Grünen Regierung ein ganzes Paket zur Reformierung des Arbeitsmarktes verabschiedet. Teil dieses Paketes war die massive Förderung der Zeitarbeit. Ziel dieser Förderung war es ArbeitnehmerInnen schnell und unkompliziert an Unternehmen über Zeitarbeitsfirmen vermitteln zu können, um Produktionsspitzen abdecken zu können und den sogenannten „Klebeeffekt“ herbeizuführen.

10

15

Durch diesen Effekt sollten ArbeitnehmerInnen die eigentlich nur kurzfristig an das Unternehmen gebunden sind nach Auslaufen des Arbeitsvertrages im Unternehmen eine Festanstellung bekommen und so durch Zeitarbeit eine Festanstellung finden.

20

Leider hat sich diese Hoffnung zum größten Teil nicht erfüllt. ZeitarbeiterInnen werden über lange Zeit, nicht nur kurze saisonale Produktionsspitzen, von Unternehmen ausgebeutet. Ganze Dienstleistungszweige werden ausgegliedert und von ZeitarbeiterInnen übernommen. Gerade in der Fabrikarbeit werden massiv Festanstellungen gestrichen und durch ZeitarbeiterInnen ersetzt. So kommt es immer wieder zu der absurden Situation, dass ein ArbeitnehmerInnen entlassen wird und wenige Wochen später wieder an derselben Position im selben Unternehmen arbeitet – nur der Lohn ist nicht mehr derselbe sondern nur noch ein Bruchteil des Ursprünglichen.

25

Dies kann nicht im Sinne der modernen Arbeiterbewegung sein, zu der sich auch die SPD zählen möchte!

30

Beschlussvorschlag:

Um ZeitarbeiterInnen zu schützen und die Zeitarbeit in Deutschland wieder in vernünftige Bahnen zu leiten beschließt die Juso Unterbezirkskonferenz:

35

Zeitarbeiter und Zeitarbeiterinnen schützen:

1. Es wird auch für ZeitarbeiterInnen ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro eingeführt.
2. ZeitarbeiterInnen dürfen in Unternehmen nicht mehr als solche gekennzeichnet werden um sie von der „normalen“ Belegschaft unterscheiden zu können
3. Die Länge des Arbeitsvertrages bei der Zeitarbeitsfirma und die Länge eines Verleihvertrages dürfen nicht mehr aneinander gekoppelt sein.
4. Innerhalb eines Verleihunternehmens müssen die ZeitarbeiterInnen die gleichen Rechte wie die Stammbesellschaft genießen. Dies gilt auch für die innerbetriebliche Mitbestimmung.

40

45

Zeitarbeit beschränken:

1. Arbeitslose dürfen nicht zu der Arbeitssuche bei Zeitarbeitsfirmen gezwungen werden. Dies gilt sowohl für Langzeitarbeitslose als auch für Arbeitsuchende mit ALG I
2. Unternehmen wird es verboten ArbeitnehmerInnen zu entlassen und im Anschluss daran die frei gewordenen Stellen wieder durch ZeitarbeiterInnen zu besetzen
3. Um dies zu gewährleisten muss eine staatliche Überwachung vorgenommen werden, die auch die versteckte Wiedereinstellung durch Tochterunternehmen etc. verhindert

Begründung:

Die Beschränkung von Zeitarbeit und Stärkung der ZeitarbeiterInnen müssen vordringliche Ziele der SPD werden. Der Verlust des sozialen Profils der SPD hängt auch zum großen Teil mit der massiven Förderung der Zeitarbeit zusammen. Davon betroffene ArbeitnehmerInnen zeigen sich von der öffentlichkeitswirksam propagierten Solidarität der SPD mit der Arbeiterschaft enttäuscht. Das zu Recht!

Der berühmte – berüchtigte „Klebeffekt“ beläuft sich zur Zeit auf ein Drittel der in Zeitarbeitsfirmen Beschäftigten. Konkret bedeutet dies, dass mit zwei Dritteln der ZeitarbeiterInnen Ausbeutung betrieben wird! Doch Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht staatlich gefördert und gestützt werden.

Aus diesem Grunde dürfen ZeitarbeiterInnen für ein Unternehmen nicht billiger als ein fester Angestellter sein. Die Abdeckung von Produktionsspitzen etc. ist sinnvoll und förderungswert. Doch sobald eine Arbeitskraft bei gleicher Leistung sehr viel billiger zu bekommen ist, wird dieses Ziel massiv gefährdet! Betrug und Ausnutzung von Arbeitskraft und ArbeitnehmerInnen wird Tür und Tor geöffnet. Dem müssen wir als SPD einen Riegel vorschieben!

Dazu gehört an erster Stelle natürlich auch der Mindestlohn von 7,50 Euro für Zeitarbeiter. Die Gesellschaftliche Selektion der ArbeiterInnen in 1. und 2. Klasse darf keinen Einzug in die Programmatik der SPD finden.

Es ist traurige Realität, dass diese Selektion auch gerade in den Verleihunternehmen stattfindet. So werden LeiharbeiterInnen unter anderem durch andere Kleidung gekennzeichnet und genießen im Gegensatz zu Festangestellten keinerlei Vorteile durch die Arbeit in den Unternehmen (z.B. verbilligtes Kantinenessen). Einen solchen Angriff auf die Würde der ohnehin schlechter bezahlten LeiharbeiterInnen dürfen wir nicht hinnehmen!

Viele LeiharbeiterInnen in Deutschland müssen im Moment erfahren, dass sie bei einer Zeitarbeitsfirma einen Arbeitsvertrag unterzeichnen und die Hoffnung haben wenigstens über einen mittelfristigen Zeitraum sich den eigenen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dies geschieht in der Realität

leider ebenfalls nicht. So sind die Dauer des Arbeitsvertrages bei der Zeitarbeitsfirma und die Dauer des Arbeitseinsatzes in der Verleihfirma aneinander gekoppelt. Diese Synchronisierung darf nicht weiter stattfinden. Auch wenn es unser vordringliches Ziel ist Leiharbeit durch Festanstellung auszutauschen, müssen wir den LeiharbeiterInnen in Deutschland wenigstens die Aussicht auf mittelfristige Sicherheit nicht nehmen und Synchronisierung verbieten!

10 Mit dem Schutz der LeiharbeiterInnen muss auch der schrittweise Abbau der ausgeferten Leiharbeit im Allgemeinen einher gehen. Nach der Agenda 2010 ist der Anteil von LeiharbeiterInnen explodiert. Es ist Zeit, dass diese Zahl wieder schrumpft und durch eine ordentliche Festanstellung ersetzt wird.

15 Dazu müssen verschiedene Maßnahmen getroffen werden. So ergeht es vielen ArbeitnehmerInnen nach dem Streichen ihrer Stelle so, dass sie in der Agentur für Arbeit zur Bewerbung bei Zeitarbeitsfirmen gebracht werden. Es ist schon mehr als nur einmal passiert, dass sich diese ArbeitnehmerInnen nach der Anstellung bei einer Zeitarbeitsfirma wieder in ihrem ursprünglichen Unternehmen auf ihrer ursprünglichen Stelle wiederfinden. Um diese Absurdität der modernen Arbeitswelt zu verhindern muss zum einen die Vermittlung an Zeitarbeitsfirmen in den Arbeitsagenturen beendet und zum anderen verboten werden, dass Unternehmen Stellen streichen können um in Anschluss daran diese, immer noch notwendigen, Arbeitsplätze durch sehr viel kostengünstigere ZeitarbeiterInnen zu ersetzen. Diese gängige Praxis offenbart, dass der Begriff der Zeitarbeit bei einigen Unternehmen inzwischen pervertiert wurde. Die Gewinnoptimierung durch Ausbeutung von Zeitarbeitern und Abbau von Arbeitnehmerrechten mit allen Tricks bis an den Rand der Legalität können wir nicht länger dulden beziehungsweise sogar noch fördern!

35 Wir müssen gemeinsam arbeiten um diese Forderungen durchzusetzen und die Gerechtigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt wieder herstellen. Auch wenn wir uns dies wünschen, mit diesen Forderungen entdecken wir nicht die soziale Idee der Arbeitbewegung neu, sondern ziehen nur mit den Gewerkschaften gleichauf, die damit schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Die Umsetzung dieser Forderungen sind nur ein kleiner Baustein auf dem Weg zurück zur sozialen und solidarischen SPD. Dieser Weg zurück zu unseren Wurzeln ist notwendig wenn wir unseren Parteiprogrammen und Slogans Wirksamkeit und Gestalt verleihen wollen ist es als
40 Fortschritt zu betrachten und dringend notwendig um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu erlangen.

A2 Sicherungsfond für Banken

Antragsteller: AG Wedemark

Beschlussvorschlag:

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1.) Um in Zukunft Finanzkrisen wirkungsvoll entgegen wirken zu können, fordern wir in Deutschland die Einführung eines Sicherungsfonds für Banken.

10

2.) Als Sicherheit soll jede Bank Deutschlands in diesen Fond einen gewissen Prozentsatz ihres Gewinns investieren. Eigentümerin des Fonds ist die Bundesrepublik Deutschland. Verwaltet wird dieser von der deutschen Bundesbank.

15

3.) Sollte eine Bank in finanzielle Schwierigkeiten geraten und Kapital benötigen, wird dieses aus dem Fond gezahlt. Als Gegenleistung wird die Bundesrepublik Anteilseignerin an der Bank.

20

Begründung:

Die Finanzkrise, die im Jahr 2008 ihren Anfang gefunden hat und immer noch ihre Wellen schlägt hat uns gezeigt, wie labil unser Bankensystem ist. Der Kapitalismus, der im modernen Finanzmarkt seine Vollendung gefunden hat zeigt uns seine große Schwäche: Die Unfähigkeit der Rücksichtnahme und Solidarität. Stattdessen ist der Kapitalismus ein System, das wenige von der Armut vieler profitieren lässt.

25

Das Loch in das die Banken weltweit stürzen haben sie sich selbst gegraben – die Allgemeinheit soll ihnen nun auf eigene Kosten wieder heraushelfen. Der Merksatz: Gewinne werden Privatisiert – Verluste sozialisiert traf nie besser zu. Wie schnell ein ganzes System zusammenstürzen kann ist offensichtlich geworden.

30

Dem müssen wir entgegenwirken! Die Zauberworte dafür heißen: Kontrolle, Reglementierung und Verstaatlichung. Dies ist nicht nur ein Schritt zum Wohle der Gesamtwirtschaft sondern auch zum Wohle der Bankiers und Manager, die den eigenen Fehler nicht sehen und auch nicht sehen wollen.

35

Ein Sicherungsfond würde zum einen dafür sorgen, dass Krisen wie die heutige nicht mehr auf den Rücken der Allgemeinheit bewältigt werden sondern die Banken lediglich ihr eigenes Geld zur Bewältigung ihres selbst geschaffenen Unglücks zur Verfügung gestellt bekommen. Langfristig bietet sich uns die Perspektive eine Teilverstaatlichung des Bankensektors voranzutreiben und so dem globalen Finanzkapitalismus klare Grenzen zu setzen.

45

A3 Mehr Gerechtigkeit für alle!

5 In den letzten Jahren wurden immer mehr Leistungen aus den Leistungskatalogen der gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen. Dadurch wurde der Beitragssatz konstant gehalten.

10 Leistungen, wie z.B. Zahnbehandlungen oder Sehhilfen, auch wenn sie medizinisch notwendig sind, mussten immer stärker, und inzwischen sogar komplett, von den Versicherten selbst gezahlt oder durch private Versicherungen abgesichert werden. Auch viele Medikamente müssen inzwischen von den Versicherten privat bezahlt werden.

15 Während die ArbeitgeberInnen Lohnnebenkosten sparen, müssen die ArbeitnehmerInnen immer mehr Leistungen aus eigener Tasche zahlen. Das widerspricht unserem Empfinden von Gerechtigkeit!

20 Wir fordern daher, die Sozialversicherung stärker zu solidarisieren und die finanzielle Belastung wieder paritätisch auf ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu verteilen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

A4 Quereinstieg in den Lehramtsberuf erleichtern:

Die niedersächsische Landtagsfraktion der SPD soll durch die Unterbezirkskonferenz angehalten werden mehr Quereinsteiger in den niedersächsischen Schuldienst OHNE abgeschlossene Lehramtsausbildung zuzulassen. Dazu sollen die Voraussetzungen, die diesbezüglich vom niedersächsischen Kultusministerium festgelegt sind gelockert werden, um den tatsächlichen Bedarf von Lehrkräften in so genannten Mangelfächern besser abdecken zu können.

10

Begründung:

Für den fächerspezifischen Bedarf einer Schule stehen nicht immer genügend Lehrkräfte mit einem Lehramtsstudium sowie erfolgreich absolviertem Vorbereitungsdienst zur Verfügung. Um diesen Mangel auszugleichen, können sich berufserfahrene Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie ähnlich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ohne Lehramtsausbildung, die sich für eine Lehrertätigkeit geeignet halten, um die Einstellung in den Schuldienst bewerben. In den nächsten Jahren werden in den folgenden Fächern voraussichtlich nicht genug Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen: Hauptschulen und Realschulen sowie die entsprechenden Bereiche der Gesamtschulen:

15

- Französisch, Musik, Physik, Chemie, Technik

Gymnasien und entsprechende Bereiche der Gesamtschulen:

20

- Latein, Französisch, Spanisch, Musik, Kunst, Evangelische Religion, Mathematik, Informatik, Physik.

25

Doch für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grund-, Haupt und Realschulen sowie an Gymnasien stehen Ausbildungsstellen für besondere Bedarfsfächer nur in sehr begrenztem Umfang zur Verfügung. Bewerberinnen und Bewerber ohne Lehramtsstudium können in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden, wenn sie folgende Einstellungsvoraussetzungen erfüllen:

30

- Diplom/Magister oder gleichwertiger Hochschulabschluss nach einem mindestens dreijährigen abgeschlossenen Studium an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule (also nicht an einer Fachhochschule).

35

- Das (Studien-)Hauptfach muss einem unten genannten Bedarfsfach entsprechen und einem weiteren Unterrichtsfach (z. B. Französisch und Englisch, Latein und Griechisch, Mathematik und Informatik) zugeordnet werden können.

40

Entsprechend der Entwicklung in der Lehrerausbildung sind zum 01.05.2009 Ausbildungsplätze für folgende Fächer mit jeweils einem beliebigen Zweitfach vorgesehen:

Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen mit dem Schwerpunkt Hauptschule und Realschule:

-Physik, Chemie, Technik und Französisch

45

Lehramt an Gymnasien:

-Latein, Spanisch, Mathematik, Informatik und Physik.

So die offiziellen Vorgaben des niedersächsischen Kultusministeriums.

Wir dagegen sind der Meinung: Alle Schulfächer in denen Lehrkräfte fehlen, nicht nur die oben genannten Hauptfächer, müssen für Quereinsteiger geöffnet werden. Die Zuordnung zu einem zweiten Fach muss für Querein-

50

steiger nicht zwingend notwendig sein. Zudem sollen in den genannten Mangelfächern wie z.B. Musik, Kunst oder evangelische Religion für die nächsten Jahre vermehrt Referendare eingestellt werden um einem Lehrermangel entgegen zu wirken.

5

Antragsteller: Juso AG Südstadt-Bult

A5 Schluss mit der Lehrerebbe!! Mehr Lehrer = Mehr Bildung= Mehr Zukunft!

- 5 Die niedersächsische Landtagsfraktion der SPD soll durch die Unterbezirkskonferenz angehalten werden dem derzeitigen Lehrermangel in unserem Bundesland politisch entgegen zu wirken. Wir verlangen eine Einstellungsoffensive von Lehrern an niedersächsischen Schulen.

Begründung:

- 10 Viele Schulen beklagen sich über Lehrermangel. Die Klassenverbände werden immer größer und ein konstruktives Lernen damit immer schwieriger. Komplette Fächer entfallen für mehrere Wochen, Monate oder werden gar nicht mehr unterrichtet. Ein Beispiel aus der Hannah-Arendt Schule Hannover verdeutlicht exemplarisch das derzeitige Bild unserer Schulen:
- 15 In der 12. Klasse der Hannah-Arendt Schule werden die Fächer Sport und Physik aufgrund von Lehrermangel nicht mehr unterrichtet. Dies sind prüfungsrelevante Fächer, die für die Erlangung der Fachhochschulreife von Nöten sind. Auch Hauptfächer wie beispielsweise Englisch werden ohne Vertretung 3 Wochen und länger nicht mehr unterrichtet.
- 20 Dieser Lehrermangel hat längerfristig fatale Auswirkungen auf die Bildung der Schüler und damit auf die Zukunftschancen unserer Gesellschaft.

Antragsteller: Juso AG Südstadt-Bult

A6 Mehr Rechte für Auszubildende:

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 5 Wir fordern die vorhanden Rechte der Auszubildenden stärker zu schützen und auf deren Einhaltung stärker zu achten.

Begründung:

- 10 Auf die Einhaltung der Rechte der Auszubildenden wird unserer Meinung nach zu wenig Beachtung geschenkt. Mittlerweile wird es als "normal" angesehen, dass Berufsanfänger Überstunden machen müssen, auch wenn diese das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Tätigkeiten die nicht im Ausbildungsgesetz stehen, müssen
- 15 von Ihnen erledigt werden. In den Betrieben fehlt zumeist aus Kostengründen ein "Azubivertreter", der die Interessen oder Probleme der Berufsanfänger mit den Ausbildern oder in der Berufsschule, vor der Geschäftsleitung vertritt. Die Azubis werden oftmals als "volle Arbeitskraft " eingeplant, obwohl Ihnen sowohl das Wissen als auch
- 20 die passenden Schulungen dafür fehlen. Dies passiert besonders häufig in den Pflegeberufen. Dadurch lässt sich auch der Mangel an Fachkräften, besonders in den Sozialberufen ablesen. Doch nicht nur dort werden die Auszubildenden nicht angemessen eingesetzt und betreut. Wenn wir nichts an diesen Arbeitsbedingungen ändern, wird es in Zukunft immer weniger Pflegefachkräfte für immer mehr Bedürftige geben!

Antragsteller: Juso AG Seelze

A7 Kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur

5 In Deutschland werden Kosten für Bus- oder Bahnfahrten zur Schule, die viele Schüler auf sich nehmen müssen, um ihre Schule im anderen Ort zu erreichen, bis einschließlich zur 10. Klasse vom Staat getragen, während von der 11. bis zur 13. Klasse die Eltern zahlen müssen.

Wir fordern: Kostenlose Schülerbeförderung bis zur 13. Klasse.

10

Begründung: Die derzeitige Regelung trägt massiv dazu bei Kindern aus sozial schwachen Familien den sozialen Aufstieg durch Bildung zu erschweren. Sie beeinflusst nicht nur die Entscheidung der Eltern für oder gegen eine bestimmte Schulform, sondern bedeutet für diejenigen, die ihrem Kind trotz schlechter finanzieller Situation eine gute Ausbildung ermöglichen wollen auch eine erhebliche finanzielle Belastung.

15

Wir können es nicht hinnehmen, dass die Chance auf Bildung durch solche Bestimmungen eine Frage der Herkunft bleibt. Deswegen setzen wir uns für kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur ein.

A8 Gleichstellung als Querschnittsaufgabe

- 5 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Gemäß unserem Selbstverständnis sind wir Jusos ein sozialistischer, internationaler und feministischer Richtungsverband. Daher fordern wir, dass diese Grundsätze gleichberechtigt in unserer Arbeit vor Ort aber auch in den Vorständen verankert sind.

- 10 Leider ist es immer noch so, dass gerade das Gebiet „Gleichstellung“ stets als eigener Teil behandelt wird, obwohl dieser Bereich ein Querschnittsthema ist, was auch als solches in unsere Politik einfließen sollte. Gleichstellung sollte nicht als eigenes bzw. separates Thema gesehen werden, sondern spiegelt sich allen Lebens- und Politikbereichen wider, z.B. Sozial-, Arbeits-,
15 , Bildungspolitik, usw. Aus diesem Grund sollten auch wir dieses Thema nicht isoliert betrachten und diskutieren, sondern im Kontext behandeln.

- Darüber hinaus ist es auch heute leider noch so, dass die für unseren Verband und die Gleichstellung so wichtige Frauenquote, immer wieder von Genossen/innen in Frage gestellt wird und in eine Geschlechterquote geändert werden soll. Aber wir als Jusos haben ausdrücklich eine Frauenquote, weil dies ein wichtiger Bestandteil ist, die Gleichstellung bei uns zu erreichen, was leider noch lange nicht der Fall ist. Von 13 Unterbezirken im Bezirk Hannover haben gerade einmal 4 UBen eine weibliche Vorsitzende oder Sprecherin, Delegationen können nicht vollständig an Konferenzen teilnehmen, da aufgrund fehlender Frauen die Quotierung nicht eingehalten werden kann. Dies sind nur einige Beispiele um deutlich zu machen, dass auch in unserem Verband noch lange keine Gleichstellung erreicht ist.
20
25

Daher ist es unsere Aufgabe diesen Zustand zu ändern, um mehr aktive Frauen in unsere Arbeit miteinzubeziehen.

- 30 Dafür müssen zum einen Ursachen analysiert werden, aber zum anderen auch Möglichkeiten gefunden werden Gleichstellung herzustellen.

Wir fordern daher:

- Gleichstellung muss als Querschnittsaufgabe gesehen werden und sollte daher nicht isoliert von den anderen Themengebieten diskutiert werden. Auch Themenbereiche sollten „gegendert“ und Aspekte der Gleichstellung dort berücksichtigt werden.
35

Es wäre wünschenswert, dass z.B. Altersarmut bei Frauen, nicht nur im Gebiet Gleichstellung sondern auch im Gebiet Gesundheits- und Sozialpolitik diskutiert wird.

- 40 dass Gleichstellung nicht nur im Bereich Familie diskutiert werden soll, da Feminismus und Gleichstellung weit mehr als Familienpolitik ist

Eine Beibehaltung und Akzeptanz der Frauenquote, denn diese ist ein wichtiges und richtiges Mittel, um Gleichstellung und gleiche Teilhabe von allen Geschlechtern zu sichern.

5 Eine „Genderung“ der Arbeitsprogramme hinsichtlich der Themen. Denn nur so ist es möglich ein Bewusstsein von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe bei allen GenossInnen zu erreichen und diese auch in allen Feldern zu thematisieren und zu diskutieren.

10 Eine Quotierung bei der Auswahl von ReferentInnen. Leider ist es auch hier noch so, dass hauptsächlich männliche Referenten eingesetzt werden, und nur bei den Themen Familie, Gleichstellung und Soziales überwiegend Frauen zu finden sind.

Mentoring für Frauen innerhalb der Jusos, denn so ist es möglich Frauen gezielt anzusprechen und in die bestimmte Themen miteinzubeziehen.

15 Dass Frauen nicht gezwungen sind sich in ein von männlichem Verhalten dominiertes System anzupassen, sondern gemeinsam ein System zu finden, in dem sich alle Geschlechter wieder finden und wohlfühlen, dies betrifft u.a. Diskussions-, Verhaltens- und Führungsstrukturen.

20 Eine Genderung aller Anträge, Resolutionen, Arbeitsprogramme, usw. Wir fordern, dass stets die männliche und weibliche Form bei Anreden und Substantiven benutzt wird.

Antragsteller: Juso AG Seelze

A9 Gleichgeschlechtliche Ehe statt Lebenspartnerschaft

5 Seit 2001 existiert in Deutschland die eingetragene Lebenspartnerschaft als Eheersatz für gleichgeschlechtliche Paare, der jedoch im Gegensatz zur Ehe mit deutlich weniger Rechten ausgestattet ist.

Wir fordern: Die Möglichkeit gleichgeschlechtlicher Paare zu heiraten.

Begründung:

10 Die Einschränkungen, die eine eingetragene Lebenspartnerschaft im Gegensatz zur Ehe mit sich bringt, führen im Alltag regelmäßig zu Problemen. Es gibt in Deutschland zahlreiche Gesetze, die ausschließlich verheiratete Paare betreffen, nicht jedoch Lebenspartnerschaften. Sämtliche Unterschiede zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft durch kleinere Gesetzesänderungen zu beseitigen, halten wir für überflüssig, dass sich der entstehende Aufwand durch die Möglichkeit einer herkömmlichen Eheschließung für Schwule und
15 Lesben ersparen ließe.

Der Ausschluss homosexueller Paare vom durch den Gesetzgeber privilegierten Stand der Ehe ist für uns eine Infragestellung der gesellschaftlichen Toleranz und auch der Gerechtigkeit.

20 Schwule und Lesben können genauso gute Ehegatten und Eltern sein, wie Hetero-Paare und wir haben kein Recht ihnen den Zugang zu bestimmten Lebensbereichen zu versagen. Unser Ziel ist eine umfassende gesellschaftliche Gleichstellung und solange die Gleichberechtigung von Homo- und Heterosexuellen noch nicht einmal auf gesetzlicher Ebene erreicht ist, können wir kaum damit rechnen, dass sie sich auch im gesellschaftlichen Leben einstellt.
25

Antragsteller: Juso AG Nordwest

A10 Kreationismus ablehnen!

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

- 5 Kreationismus und jedweder andere religiöse Fundamentalismus ist abzulehnen. Der Unterbezirksvorstand erstellt nach ausführlicher Recherche eine Broschüre oder einen Reader, der über Kreationismus aufklärt und stellt diesen den Agen zur Verfügung. Gleichzeitig
- 10 erstellt der Unterbezirksvorstand, wenn möglich, einen kurzen Clip zu dem Thema, baut ihn auf der Homepage der Jusos Region Hannover ein und bewirbt ihn.

Begründung:

- 15 In letzter Zeit häufen sich öffentliche Auftritte bekennender Kreationisten. Dies geht von kreationistischen Veranstaltungen an der Universität Hannover (z.B. eine Veranstaltung mit dem Titel „Was Darwin nicht wissen konnte...“) bis hin zu Forderungen von PolitikerInnen, dass die Schöpfungsgeschichte der Bibel auch alternativ zur Evolution im Biologieunterricht gelehrt werden könne (so ein Vorschlag der ehemaligen hessischen Kultusministerin Karin
- 20 Wolff, CDU).

- Viele bekennende Kreationisten tendieren auf Grund ihres Fundamentalismus auch zu Sexismus. So werden als Argumente Bibelzitate herangezogen, wie z.B. „Das Weib schweige in der Gemeinde“ (Zitat nach Paulus). Einen
- 25 solchen menschenfeindlichen Gesellschaftsansatz gilt es aufklärerisch zu bekämpfen und ihm durch diese Aufklärung die gesellschaftliche Akzeptanz zu nehmen.

Antragsteller: Juso AG Hannover Nordstadt

Weiterleitung an: Juso Bezirkskonferenz, Juso Bundeskonferenz

A11 Afghanistan: Lokales Disengagement ermöglichen

- 5 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

„Die UN listet Afghanistan auf dem sechsten Platz der ärmsten Länder der Welt. In Afghanistan leben zwischen 30 bis 32 Millionen Menschen. Das UNDP Afghanistan schätzt, dass 80 % der Menschen in absoluter Armut leben. Selbst nach den euphemistischen Schätzungen der CIA, sind 40 % der Menschen arbeitslos. Die UN geht von 310 USD Durchschnittlichen Einkommen pro Kopf und Jahr aus.“

Sicherheitslage

Entwicklung

- 15 Die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert sich, trotz fast 50.000 ausländischen Soldaten im Lande und Bemühungen der Regierung Karsay einen eigenen Sicherheitsapparat zu verschaffen, beständig. Derzeit sind praktisch alle afghanischen Provinzen an der pakistanischen Grenze als extrem Riskant eingestuft. Dort haben weder staatliche Institutionen noch die Besatzungstruppen die Staatsgewalt inne. Tatsächlich haben hier „Aufständische“ die Kontrolle über fast alle Lebensbereiche. Im restlichen Land sind die meisten Provinzen für Afghanen relativ sicher, im ganzen Land können sich westliche Ausländer nicht frei bewegen. Die Anzahl der sicherheitsrelevanten Vorkommnisse sind im traditionell „umkämpften“ Juni von 100
- 20 (2004) in den letzten vier Jahren von 200 in 2005, 420 in 2006, 650 in 2007 und 900 im Juni 2008 gestiegen. Diese Entwicklung hat sicherlich faktische Grenzen, diese scheinen aber noch nicht erreicht. Derzeit scheint die Lage weiter zu eskalieren – denn die Zahlen sind nicht rückläufig.

Eskalation

- 30 Die neue amerikanische Administration hat einen Wechsel auch für Afghanistan versprochen. Kern der veränderten Strategie ist dabei die Verstärkung der Ausländischen Truppen in Afghanistan. Die Strategie soll dabei insbesondere auf das verstärkte Engagement der NATO-Bündnispartner gesetzt werden, wie auch die Einbindung der „regionalen Partner“, insbesondere
- 35 Iran und Pakistan in den Konflikt. Rhetorisch wird weltweit und somit auch im Deutschland, stets die drastische Erhöhung der Wiederaufbaumaßnahmen gefordert. Die Erhöhungen der Vergangenheit bleiben jedoch stets hinter der Erwartung zurück.

Militärische Strategie

- 40 Gleichzeitig bleibt ISAF bei der Strategie der letzten Jahre. ISAF setzt auf stark gesicherte Camps die in oder bei großen Städten angesiedelt sind. Zudem werden strategisch wichtige Positionen gesichert. Bei Einsätzen, die in

Form von Patrouillen oder konkreten Kampfaufträgen üblich sind, setzt ISAF im Eskalationsfall auf Luftunterstützung. Im Rahmen dieser Lufteinsätze werden auch deutsche Tornados für die Aufklärung eingesetzt. Militärisch sind diese Fälle gelöst, denn gegen die Bombardierung aus der Luft haben die Gegner der ISAF keine Chance. Die hohe Anzahl an zivilen Opfern bei den Kampfeinsätzen und insbesondere den Bombardierungen erhöhen die Feindseligkeiten gegen ISAF. Verschärft werden diese Feindseligkeiten, durch Aktivitäten von OEF. Diese handeln noch rücksichtsloser und sind für afghanische Zivilisten kaum von ISAF-Truppen zu unterscheiden.

5 Rhetorische wie inhaltliche Fehlgriffe, wie der „Tötungsbefehl für Drogenbosse“ durch den amerikanischen Afghanistan-Oberbefehlshaber General Craddock, sorgen für weitere Feindseligkeiten. Sie zeigen allerdings auch, wie weit die ausländischen Truppen mit der Situation überfordert sind.

10

Drogenanbau

15 Analyse

Eng verknüpft mit der Frage der Armut bzw. des Einkommens, ist die landwirtschaftliche Produktion als Hauptwirtschaftszweig. Durch den Anstieg des Opium-Anbaus, deren Weiterverarbeitung und Handel ist die afghanische Volkswirtschaft real gewachsen. Derzeit machen die Produktion und der Handel mit Opium ungefähr 46 % der gesamten afghanischen Wirtschaftskraft aus. Dabei produziert Afghanistan ungefähr 93 % des weltweit illegal produzierten Opiums. Die Preise für Opium sind dadurch innerhalb weniger Jahre weltweit gefallen. Bereinigt nach der allgemeinen Preisentwicklung für die Sektoren Opium und Weizen, ist der Anbau von Opium

20 siebenundzwanzig-mal so lukrativ gewesen wie der Anbau von Weizen. Heute verdient man an einem Hektar Opium in Afghanistan im Durchschnitt 4660 USD, Weizen hat stark aufgeholt und lag 2008 bei ungefähr 1625 USD. Gleichzeitig ging der Opium Anbau nach der Rekordernte 2007 um 6 % oder 19 % bei der Anbaufläche zurück.

25

30 Doch ist es zu früh Entwarnung zu geben. Durch eine Dürre die 2008 die durch Regenwasser versorgten Felder insbesondere im Norden Afghanistans brach nicht nur die Opium Produktion, sondern auch die Nahrungsmittelproduktion ein. Begleitet vom Weltmarktanstieg für Lebensmittel führte dies zur Massiven Verteuerung von Lebensmitteln. Auch wenn dieser Anstieg die Attraktivität von illegalem Opiumanbau senkt, sorgt er aber auch für neue Armut und somit auch Hunger und Mangelversorgung, da sich weite Teile der afghanischen Bevölkerung die Nahrungsmittel nicht mehr leisten können.

35

40 Der Opiumanbau spaltet das Land in Lager. Zum einen profitieren weniger als 10 % der Gesamtbevölkerung vom Anbau, Weiterverarbeitung und „Handel“ von Opium. Zudem ist die Lage von Provinz zu Provinz unterschiedlich. In 18 Provinzen gibt es keinen Opiumanbau, in 16 Provinzen findet dieser statt. Sind es in Zentralafghanistan 10 % der Familien die 2% der afghanischen Opiate anbauen, sind es in den südlichen Provinzen an der pakistanischen Grenze 98 % der afghanischen Ernte und 73 % der Familien

45 die damit ihren Lebensunterhalt bestreiten. Im nördlichen Afghanistan sind

die meisten der 8 Opiumfreien Provinzen zu finden. Nur 2 % der Familien erhalten Hilfe bei Saatgut, Dünger oder Ausbildung.

Ursachen und Erklärung der Verteilung

5 Hauptursache für den Anbau von Opiaten ist schlicht die Armut. Verbunden mit den relativ hohen Preisen für Rohopium, Verschuldung und den Kosten für Hochzeiten, sind dies die Hauptgründe für den Anbau. Gleichzeitig gibt es auch Gründe für den Verzicht auf den Anbau. An erster Stelle wirkt die Kampagne der Taliban aus dem Jahren 200 / 2001 nach: Die allermeisten Bauern verweigern den Anbau aus religiösen Gründen, direkt gefolgt von 10 der Akzeptanz der Illegalität des Anbaus(und seiner Folgen). Beide Punkte werden im ländlichen Afghanistan wenn überhaupt durch die Shuras durchgesetzt, welcher der dritte große Grund für das Befolgen des Verbotes ist. Nur ein Zehntel der Familien bauen kein Opium an, weil ihre Scholle dafür nicht zu gebrauchen ist. Wir müssen also erkennen, dass das regionale Ungleichgewicht nicht von äußeren klimatischen Umständen abhängt, sondern 15 durch die soziale und politische Lage in den Provinzen bestimmt wird.

Folgen des Anbaus

Neben positiven Folgen des Anbaus, wie der Urbarmachung neuer Flächen für die landwirtschaftliche Produktion die durch die Mehreinnahmen möglich gemacht wurden, sind die Folgen auf der anderen Seite dramatisch. 20 Knapp jede fünfte Familie baut Opium auch oder ausschließlich für den eigenen Gebrauch an, mit allen gesellschaftlichen Folgen von Abhängigkeiten. Zudem liegt die Weiterverarbeitung nicht in den Händen der Farmer, sondern in der Hand von regionalen Kartellen. Leider spielen hier „Widerstandskämpfer“ aller Arten eine Rolle. Insbesondere die Taliban sind in die Weiterverarbeitung und den Handel verstrickt. Sie nutzen die Gewinne aus diesen Unternehmungen um ihren Krieg gegen die im Land stationierten ausländischen Truppen und die Regierung in Kabul zu finanzieren. Gleichzeitig verhindern sie auch alle Maßnahmen zum Stopp des Anbaus, zum 30 Teil durch Selbstmordattentäter. Sie zementieren zudem die Armut in den Opium Regionen, in dem sie die wenigen Wiederaufbaumaßnahmen verhindern. So sichern sie sich auch den Zugriff auf die für sie kriegswichtige Ressource Opium für die nächsten Jahre. Dabei gehen sie äußerst planvoll vor. Die UN die den Opiumanbau zum Teil aus dem Weltraum aber größtenteils durch Befragung der Familien vor Ort „überwacht“, vermisst einen Großteil des Opiums der letzten Rekordernten. Dieses ist auf dem Weltmarkt nicht aufgetaucht und wird so den Kampf gegen die ausländischen Truppen weiter verlängern können, selbst wenn der Anbau unterbunden wird. 35

40 Auch außerhalb Afghanistans sind Folgen zu verzeichnen. Weltweit steigt die Anzahl Abhängiger, insbesondere in Asien.

Schlussfolgerungen:

Die fortschreitende Auseinanderentwicklung der verschiedenen Provinzen Afghanistans erfordern regionale Antworten. Leider ist es derzeit unrealistisch, dass nach den Parlamentswahlen oder durch eine „mehr von der selben Medizin“-Politik eine nationale Lösung gefunden wird. Der Weg zum 45

Frieden muss daher weg von der nationalen Ebene hin auf die regionale Ebene führen. Denn dort sind Probleme lösbar, die auf nationaler Ebene nicht zu lösen sind. Trotzdem müssen auf nationaler Ebene Veränderungen stattfinden.

5 Militärischer Strategiewechsel

Wir fordern daher:

10 die Verhandlung eines „Clean-Code“ durch die beteiligten Besatzungsmächte und der afghanischen Regierung: Dieser muss Vorgehensweisen beinhalten, die geeignet sind zivile Opfer zu vermeiden. Der Clean-Code muss verrechtlicht, also in Vertragsform geschlossen werden.

das Einsetzen eines Entschädigungsgerichtes auf nationaler Ebene durch das afghanische Parlament und die Besatzungsmächte. Vor diesem müssen Vergehen gegen den Clean-Code verhandeln und Entschädigen können.

15 den absoluten Stopp der Bombardierungen durch alliierte Flugzeuge und vergleichbare Maßnahmen wie Cruise Missiles, Artillerie, ferngesteuerte Drohnen, Bomben und Minen. Durch die Beendigung der Bombardierung fordern wir auch den Abzug der Tornados der Bundeswehr, die danach nicht mehr für die Unterstützung solcher Maßnahmen benötigt werden.

20 die Verstärkung der Ausbildung von afghanischen Polizeikräften. Dies umfasst auch die Einrichtung von Ausbildungslagern für afghanische Polizei im Ausland.

Bekämpfung des Drogenanbaus

25 Ziel bei der Bekämpfung des Anbaus von Opium muss deren Ende sein. Wo fordern wir die verstärkte Vernichtung der Felder. Dabei ist das jetzige System der Bekämpfung durch staatliche Kräfte, um die Shuras in den Dörfern und Städten zu erweitern. Diese traditionellen Ältestenräte leiden ebenfalls unter den unsicheren Verhältnissen, die die Stärkung der Taliban und anderer Gruppen mit sich bringen. Sie haben aber auch die lokale Autorität, das Verbot durchzusetzen.

30 Den Bauern muss aber auch geholfen werden. Wichtig sind insbesondere Hilfen bei dem Wechsel zu legalen landwirtschaftlichen Anbau. Das bedeutet insbesondere die kostenlose Verteilung von Saatgut und Düngemitteln, insbesondere aber die verstärkte Aus- und Fortbildung der ländlichen Bevölkerung und Hilfe bei der Wiederherstellung von Bewässerungssystem.

35 Zudem müssen der afghanischen Regierung Angebot gemacht werden, wie ihnen bei der Korruptionsbekämpfung in den eigenen Anti-Drug-Forces zu helfen ist. Ihr muss auch klar gemacht werden, dass dies eine wichtige Aufgabe ist. Letztlich müssen die verschwundenen Ernten der letzten Jahren mit polizeilichen Mitteln gefunden und vernichtet werden.

40 Regionaler Disengagementplan

Wir fordern die Einrichtung ein oder mehrerer Modellprovinzen, in dem die Rückverlagerung staatlicher Macht an die Menschen vor Ort und der Abzug der ausländischen Truppen als ernsthafte Optionen angeboten werden.

5 Ziel eines regionalen Disengagementplans muss die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und die Sicherung von Menschenrechten, soweit wie es möglich ist. Zudem müssen Grundsteine für eine demokratische Entwicklung gelegt und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln inkl. Wasser und Medikamenten und der Zugang zu Bildungseinrichtungen gesichert werden. Der Drogenanbau muss geahndet werden. Zudem muss das
10 Disengagement auf immer mehr Provinzen ausgeweitet werden.

1.Phase Vertragsschluss

Grundlage für den die Errichtung eines solchen regionalen Disengagementplans muss sein, dass ihn alle vor Ort ansässigen Gruppen vertraglich aushandeln. Das umfasst sowohl regionale Drug- oder Warlords, die Taliban
15 als auch und im Besonderen die örtlichen Shuras. Shuras sind die traditionellen Ältestenräte der Dörfer und Städte in Afghanistan. Die Verträge müssen die Einhaltung der gemeinsam verabredeten Bezüglich Menschenrechte und demokratischen Verfahren enthalten. Sie müssen ein gemeinsames Vorgehen bei bewaffneten Konflikten, Gewalt und Kriminalität vorsehen.
20 Dabei sind die traditionellen Gerichtsbarkeiten zu stärken und zu demokratisieren. Im Gegenzug erhalten die Vertragsparteien vor Ort ab dem ersten Tag der Vereinbarung konkret abgestimmte Aufbaumaßnahmen die die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Zudem müssen die Phasen 2 – 4 Teil des Vertrages sein. Zudem müssen die Maßnahmen die oben unter
25 „Clean-Code“ und „Ausstieg aus der Drogenwirtschaft“ diskutiert werden Teil der Verträge sein. Letztlich müssen auch Regeln für die Unterbrechung des Prozesses bei Vertragsbrüchen und die darauf folgende Überwindung dieser sein.

2.Phase: Stabilisierung

30 Mit Beginn der 2. Phase versuchen die Vertragspartner gemeinsam die Vertragsprovinz zu befrieden. Schlüssel für den Erfolg sind dabei, die Erhöhung der Aufbaumaßnahmen vor Ort, da sie Rückhalt und Vertrauen fördern. Hier muss massiv gefördert werden, denkbar sind 500 % und mehr gemessen am jetzigen Stand. Bei Konflikten setzen die Besatzungstruppen auf ein zurückhaltendes und kooperatives Vorgehen. Zentraler Bestandteil muss
35 auch die Umsetzung der „Ausstieg aus der Drogenwirtschaft“-Maßnahmen sein. Die Dauer einer solchen Maßnahme könnte bei einem Jahr liegen.

3.Phase: Demokratisierung

Der Beginn der 3. Phase erfolgt, sobald die Provinz befriedet ist. Mit Beginn
40 der 3. Phase beginnt die Demokratisierung der Vertragsprovinz. Wahlen zu Provinzparlamenten, Bürgermeistern usw. müssen unter Zulassung aller Parteien und Gruppierungen stattfinden. Dabei geht der Aufbau weiter. Bleibt die Lage auch nach Etablierung der demokratisch gewählten Vertreter stabil, beginnen die Besatzungsmächte mit dem Abzug von ersten Truppenteilen. Die Dauer solcher Maßnahmen sind ebenfalls mit ungefähr einem
45 Jahr zu veranschlagen.

4.Phase: Souveränisierung

Die vierte Phase muss von ihrem Ende gedacht werden. Zu Ende ist die vierte Phase, wenn alle Seiten ihre Vertragsbedingungen erbracht haben. Das bedeutet auf der einen Seite ein Mindestmaß an Menschenrechten, Demokratie und Stabilität – auf der anderen Seite das Leisten versprochener Aufbaumaßnahmen und den Abschluss des Abzugs der Truppen. Die Dauer einer solchen Maßnahme ist mit ungefähr einem Jahr anzurechnen.

5.Phase: Weitere Provinzen

Ziel bei lokalen Disengagement muss die Verbreitung des Projektes auf weitere Provinzen sein. Nachdem dies wird nur gelingen, wenn sich die Besatzungsmächte an die gemachten Verträge halten und ihre rücksichtslose Politik beenden.“

Begründung:

15

Zur Vertiefung der Drogenproblematik sei auf die „Afghanistan Annual Opium Poppy Survey“ des UN Büros für Drogen und Kriminalität (UNODC) verwiesen. Kompakte Informationen zum Thema Lokales Disengagement finden sich bei Hörtzel, Christoph R. „Sprengsatz Afghanistan, München 2007“

20

Antragsteller: Juso AG Wunstorf

A12 Fair Play heißt auch Fair Trade

- 5 Wir fordern den Deutschen Fußballbund und seine Mitgliedsvereine auf, in Spielen der 1. und 2. Bundesliga sowie in Spielen um den DFB-Pokal nur Fußbälle zu verwenden, die fair gehandelt wurden.

Begründung:

- 10 Ungefähr 80 % aller Fußbälle weltweit werden in der Stadt Sialkot in Pakistan hergestellt. Dort werden sie von zum Teil sehr schlecht bezahlten Nähern und Näherinnen in Handarbeit zusammen genäht. In den Fabriken arbeiten auch viele Kinder, die zum Familieneinkommen beitragen müssen, weil es sonst nicht reicht. Für einen normalen Fußball werden ca. 40 Cent Lohn gezahlt, für einen fair gehandelten kriegen die Näher und Näherinnen fast das doppelte.

- 15 Die höheren Einnahmen ermöglichen, dass Familien es sich leisten können, ihre Kinder statt in die Fußballfabrik in die Schule zu schicken.

- 20 Es kann nicht sein, dass Fußballprofis in Deutschland jedes Jahr Millionen verdienen und dafür in Pakistan Menschen für einen Hungerlohn Fußbälle nähen müssen und Kinderarbeit nötig ist, damit die Familien ihren Lebensunterhalt decken können.

Antragsteller: Juso AG Wunstorf

A13 Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Lebensmittel

- 5 Wir fordern eine Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel, die aus genmanipuliertem Anbau stammen oder aus Fleisch von Tieren, die mit genmanipuliertem Futter gefüttert wurden, hergestellt werden.

Begründung:

- 10 Immer öfter werden uns Lebensmittel verkauft, die genmanipulierte Inhaltsstoffe beinhalten und dies auf der Speisekarte oder Verpackung nicht ersichtlich ist.

- 15 Welche Auswirkungen genmanipulierte Lebensmittel auf den Menschen haben ist bis heute wissenschaftlich nicht erwiesen. Aus diesem Grund sollte jedeR wissen, ob Lebensmittel genmanipuliert sind und selbst entscheiden können, ob er/sie diese Lebensmittel kauft und isst.

Rechenschaftsbericht 2008

Wird auf der Konferenz nachgereicht